

Niederschrift Nr. 10 über die Sitzung des Schulausschusses

Sitzungstermin: Donnerstag, 25.09.2008
Beginn der Sitzung: 16:00 Uhr
Ende der Sitzung: 18:04 Uhr
Sitzungsort: Ratssaal, Verwaltungsgebäude II

Anwesend:

Vorsitzende
Meyer, Elfriede

SPD-Fraktion
Bornemann, Bernd
Mecklenburg, Rico
Meinen, Regina
Scheffel, Enno
Südhoff, Johann

für Benjamin Swieter
für Berendine Bamminger (bis 17:03 Uhr)

CDU-Fraktion
Bongartz, Helmut
Verlee, Carmen

für Reinhard Hegewald (ab 16:47 Uhr)

FDP-Fraktion
Ammersken, Heino
Bolinius, Erich

für Rolf Bolinius (bis 17:27 Uhr)

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Renken, Bernd

Fraktion DIE LINKE. Grundmandat
Koziolk, Stephan-Gerhard

Stimmberechtigte Sonstige Mitglieder
Brandt, Birka
Brayer, Heike
Lorenz, Gerhard

für Josef Kaufhold

Verwaltungsvorstand
Brinkmann, Alwin

von der Verwaltung
Sprengelmeyer, Thomas
Buß, Thomas
Baumann, Albert

Protokollführung
Rauch, Agnes

Gast
Götze, Horst

Niederschrift Nr. 10 über die Sitzung des Schulausschusses

Öffentlicher Teil

TOP 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Frau E. Meyer begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung.

Beschluss: Die Beschlussfähigkeit wird festgestellt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 2 Feststellung der Tagesordnung

Frau E. Meyer erklärt, es sei der Wunsch geäußert worden, den Tagesordnungspunkt 6 vorzuziehen und nach dem Tagesordnungspunkt 3 zu behandeln.

Beschluss: Die geänderte Tagesordnung wird festgestellt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 3 Einwohnerfragestunde

Herr Albert Emkes, Vorsitzender des Gemeindevorstandes in Hinte und Elternvertreter im Schulausschuss in Hinte, stellt fest, dass die Einrichtung einer IGS in Emden gravierende Auswirkungen auf den Schulstandort Hinte hätte. Er fragt an, ob die Stadt Emden evtl. bereit wäre, mit der Gemeinde Hinte zu kooperieren. Dieses würde von der Verwaltung, allen Fraktionen sowie von den Schulen und den Eltern sehr begrüßt werden.

Herr Brinkmann entgegnet, im Prinzip sei dieses überhaupt kein Problem. Auch hätten die Bürgermeister der Gemeinden Hinte und Krummhörn ihn bereits wegen einer evtl. Zusammenarbeit bereits angesprochen. Doch die Entscheidung läge nicht so sehr bei der Stadt Emden, sondern beim Landkreis Aurich, der Schulaufsichtsbehörde für diese Schulformen in seinen Gemeinden sei. Insofern müsse dort die Frage gestellt werden.

Frau Grete Roth erklärt, sie spreche für die Eltern und Schüler des GaT und fragt an, ob es möglich wäre, eine direkte Busverbindung aus dem Bereich Petkum/Borssum und dem GaT einzurichten. Sie geht anschließend auf die Gründe ein, warum die Kinder oft verspätet zum Unterricht erscheinen würden. Außerdem moniert sie die lange Fahrtzeit von 40 Minuten, die dadurch entstehen würde, dass die eingesetzten Busse den öffentlichen Personentransport mit abdecken würden und gezwungen seien, alle Haltestellen der Linie anzuführen. Weiter geht sie auf Gefahren ein, denen die recht jungen Kinder im Stadtbus zudem noch ausgesetzt würden. U. a. seien zwei Mädchen aus der 5. Klasse während der Wartezeit an der Bushaltestelle Hermann-Löns-Straße von älteren Kindern belästigt worden. Derartige Vorfälle könnten mit dem Einsatz eines Schulbusses, der die Schüler wohnungsnah einsammelt, vermieden werden.

Weiter führt Frau Roth aus, die geschilderten Probleme bestünden bereits seit Jahren. Auch habe es schon mehrere Gespräche des Sekretariats des GaT mit der Firma Reiter gegeben. Erst vor zwei Wochen sei erneut auf die Problematik hingewiesen worden. Da die Verwaltung auf den Antrag von Herrn Bolinius mitgeteilt habe, dass ihr von den Problemen nichts bekannt sei, stelle sich nunmehr die Frage, ob kein Austausch hinsichtlich der auftretenden Probleme in der Schülerbeförderung zwischen der Firma Reiter und der Stadt Emden stattfinde. Die Zahl der anspruchsberechtigten Schüler aus Petkum und Borssum betrage laut der Stadt Emden 214 und für den Transport seien fünf Busse eingesetzt. Das sei nicht richtig, denn es handele sich

Niederschrift Nr. 10 über die Sitzung des Schulausschusses

hierbei um öffentliche Stadtbusse, die sämtliche Haltestellen bedienen würden. Dadurch verlängere sich die Fahrtzeit für die Schüler unnötig. Ein Schulbus könnte das GAT kostensparend und zielgerecht anfahren.

Abschließend bemerkt Frau Roth, um diese Probleme in den Griff zu bekommen, würden viele Eltern notgedrungen Fahrgemeinschaften bilden, um den Schülern die Möglichkeit zu geben, sicher und pünktlich beim GAT zu sein. Andere Kinder würden morgens und mittags zu den Hauptverkehrszeiten mit dem Fahrrad die komplette Strecke fahren. Wieder andere Schüler würden bereits am Rathaus den Bus verlassen und zur Schule laufen, um pünktlich dort zu sein. Aus diesem Grunde fragt sie an, ob es möglich sei, für die Kinder einen Schulbus einzusetzen, damit sie sicher und pünktlich zur Schule kommen würden.

Frau E. Meyer teilt mit, diese Frage werde unter dem Tagesordnungspunkt 6 beantwortet.

B E S C H L U S S V O R L A G E N

TOP 4 Umwandlung der Grund-, Haupt- und Realschule Wybelsum in eine Ganztagschule zum 01.08.2009
Vorlage: 15/0857

Herr Buß erklärt, die Schule Wybelsum habe beantragt, in eine Ganztagschule umgewandelt zu werden. Da dieses auch den städtischen Bildungszielen entsprechen würde und die Verwaltung die Errichtung von Ganztagschulen vorantreiben wolle, komme ihr dieses Anliegen der Schule sehr entgegen. Die Schule Wybelsum stelle den Antrag nach der Ziffer 8.2. des Erlasses über die Arbeit in den Ganztagschulen, sodass zunächst eine offene Ganztagschule eingerichtet werde, für die es auch seitens des Landes keine personellen Ressourcen gebe. Für drei Nachmittage werde ein Angebot eingerichtet, welches mit Kooperationspartner ausgerichtet werde. Die Schule Wybelsum sei in Kooperation mit außerschulischen Partnern durchaus geübt, was auch Niederschlag in dem Bericht der Schulinspektion Ende 2007 gefunden habe.

Herr Buß erklärt weiter, die schulischen Gremien hätten diesem Antrag zugestimmt. Das Angebot richte sich zunächst neben den Grundschulern auch an die 5. und 6. Klassen und umfasse ein Mittagessen, welche von wechselnden Schülergruppen in Kooperation mit dem Niko-Projekt hergestellt werde. Obwohl das Konzept auch Anforderungen hinsichtlich weiterer Räumlichkeiten an den Schulträger stelle, die der Schule derzeit nicht zur Verfügung stünden, sei die Schule bereit, das Ganztagsangebot zum nächsten Schuljahr aufzunehmen. Die konkret erforderlichen baulichen Maßnahmen seien abhängig von den weiteren Entscheidungen zur Schulentwicklungsplanung, die in der nächsten Zeit getroffen werden müssten. Zurzeit würden noch keine konkreten baulichen Maßnahmen für die Schule Wybelsum vorgeschlagen werden können.

Herr Bolinius erkundigt sich, wie es in zwei oder drei Jahren aussehen werde und mit welcher Summe man hinsichtlich des Baus einer Mensa rechnen müsse.

Herr Sprengelmeyer entgegnet, wie bereits in der letzten Sitzung besprochen, müssten die möglichen Kosten einer Mensa an der Schule Wybelsum berücksichtigt werden. Da diese Schule an sich auch nicht über eine Aula verfüge, müsse hier über einen multifunktionalen Raum gesprochen werden. Dabei sei auch die Diskussion in Richtung Friesenkrug gelenkt worden. Der reine Mensaanbau würde 1,2 Mio. € kosten. Es sei allerdings so, dass man in der Planungsphase schauen müsse, in welche Richtung man planen wolle, um alle verschiedenen Bedürfnisse abzudecken. Von daher könne er jetzt konkret dazu noch keine Aussage machen.

Niederschrift Nr. 10 über die Sitzung des Schulausschusses

Herr Bornemann bemerkt, unabhängig von diesen Fragen sei Bildung letztendlich nicht zum Nulltarif zu bekommen. Somit würde der Antrag, der den schulpolitischen Zielen seiner Fraktion entspreche, ausdrücklich begrüßt. Weiter stellt er fest, dass es sich nur um eine offene Ganztagschule handle und derzeit keinerlei andere Möglichkeiten vorhanden seien, um andere Wege zu gehen. Er wünsche der Schule alles Gute auf diesem Weg und werde selbstverständlich der Vorlage zustimmen.

Herr Ammersken erklärt, auch seine Fraktion werde diesen Beschluss befürworten. Denn schließlich habe sich der Rat den Ausbau des Ganztagschulangebotes auf die Fahnen geschrieben. Es sei bemerkenswert, dass es der Schule Wybelsum gelingen werden, in Verbindung mit Kooperationspartnern das Ganztagschulangebot auf den Weg zu bringen, auch wenn keine zusätzlichen Lehrerkapazitäten zur Verfügung gestellt würden.

Herr Renken führt aus, auch seine Fraktion unterstütze diesen Beschluss der Schule Wybelsum ausdrücklich. Er wünsche sich, dass auch noch mehr Schulen diesen Weg gehen würden. Jedoch müsse man bemerken, dass es auch erhebliche finanzielle Ressourcen der Stadt Emden bedürfe, da durch die förderale Neuregelung keine Gelder vom Bund mehr zu erwarten seien. Das bedeute, dass gut überlegt und geplant werden müsse, um den Anspruch auf Bildung in Ganztagschulen mit den finanziellen Möglichkeiten auch in Übereinstimmung zu bringen.

Frau Verlee und **Herr Koziolk** schließen sich ihren Vorredner an und erklären, auch sie würden der Beschlussvorlage zustimmen.

Beschluss: Die Grund-, Haupt- und Realschule Wybelsum wird zum 01.08.2009 in eine Ganztagschule umgewandelt.

Ergebnis: einstimmig

MITTEILUNGSVORLAGEN

TOP 5 Elterninformation und -befragung zur Einführung einer Integrierten Gesamtschule in Emden
Vorlage: 15/0856

Herr Brinkmann erklärt, aus der Diskussion bezüglich der Ganztagschulen sei zu entnehmen gewesen, dass über die finanziellen Möglichkeiten in der Stadt Emden und die Senkung des Schuldenstandes scheinbar immer nur anlässlich von Haushaltsberatungen gesprochen und nachgedacht werde. Zwischenzeitlich werde dieser Vorsatz vergessen und fröhlich Geld ausgegeben.

Hinsichtlich einer IGS bemerkt Herr Brinkmann, wenn heute eine völlig neue Schullandschaft aufzubauen sei, dann wäre eine IGS mit Sicherheit ein zentraler Bestandteil. Eines der seinerzeit vorgeschlagenen Topziele sei die Stärkung der Stadtteile gewesen, da man der festen Überzeugung sei, dass Stadtteilschulen nach Möglichkeit auch bis zur Sekundarstufe I das Beste für den jeweiligen Stadtteil seien. Angefangen im Kindergarten, dann weiter über die Grundschule hinaus bis hin zu den fortführenden Schulen werde das in Wybelsum hervorragend praktiziert.

Weiter führt Herr Brinkmann aus, eine Arbeitsgruppe habe sich in Emden mit dem Thema der IGS beschäftigt und Herr Buß werde nunmehr neben der Elterninformation und -befragung

Niederschrift Nr. 10 über die Sitzung des Schulausschusses

auch die Möglichkeiten der einzelnen Schulstandorte vorstellen. Er gibt zu bedenken, dass die Vorgaben der Landesschulbehörde auch hinsichtlich der Elternbefragung zu beachten seien.

Herr Buß erläutert, bereits in der letzten Schulausschuss-Sitzung sei über das Thema IGS sowie die Elternbefragung und –information diskutiert worden. Die Politik habe der Verwaltung den Auftrag erteilt, ein Konzept zu erarbeiten. Leider sei es nicht möglich gewesen, dieses Konzept bis Anfang September vorzulegen. Aber mittlerweile gäbe es auch einen ersten Entwurf seitens der Landesschulbehörde zur Elterninformation und –befragung. Nach Rücksprache mit der Landesschulbehörde habe man sich darauf verständigt, zunächst einmal die schriftliche Information aller Eltern der letzten Kindergarten- bzw. Kindertagesstättenjahrgänge sowie der aktuellen Grundschüler durchzuführen. In dem Entwurf zur Elternbefragung gehe es zum einen um grundsätzliche Fragen zur IGS. Zum anderen würden dort u. a. Fragen zu möglichen Abschlüssen und zur Standortfrage beantwortet. Der Entwurf sei bereits mit der Landesschulbehörde abgestimmt. Darüber hinaus sei für die zweite Hälfte des Monats November geplant, an vier zentralen Hauptschulstandorten Informationsveranstaltungen für Eltern, Erziehungsberechtigte und sonstige Interessierte durchzuführen.

Hinsichtlich der Elternbefragung führt Herr Buß aus, auch der Fragebogen sei mit der Landesschulbehörde im Entwurf abgestimmt. Es sei wichtig, dass seitens der Stadt Emden Stellung zu einem eindeutigen Standort bezogen werde. Dabei könne durchaus sinngemäß gefragt werden, ob die Eltern bereit seien, ihr Kind an einer innenstadtnahen Gesamtschule anzumelden. Es dürfe jedoch nicht die Frage alternativ gestellt werden. So müsse bis zur Elterninformation und –befragung entschieden werden, ob ein konkreter Standort vorgeschlagen oder ob die Möglichkeit offen gelassen werden solle, mit der Definition „innenstadtnah“ zu arbeiten.

Anschließend stellt Herr Buß die möglichen Standorte einer IGS und deren Auswirkungen anhand einer PowerPoint-Präsentation vor. Diese Präsentation ist im Internet im Ratsinformationssystem unter www.emden einsehbar.

Herr Brinkmann fasst zusammen, aus dieser Präsentation sei ersichtlich, dass die Verwaltung nichts präferiert, sondern nur die Schülerzahlen hin und her geschoben habe. Auch seien die vorhandenen Räumlichkeiten berücksichtigt worden. Die Verwaltung müsse die Vorgaben der Landesregierung hinnehmen, darauf aufbauen und die vorhandenen Schulgebäude untersuchen. Und am Ende müsse darüber offen und ehrlich geredet werden, wenn es eine IGS geben solle, wohin die Reise gehe. Es dürfe nicht wieder eine Diskussion in Emden stattfinden, die alle zerreißen würde.

Frau E. Meyer bedankt sich und bittet um Wortmeldungen.

Herr Bornemann bedankt sich bei der Verwaltung für die ersten Vorschläge zu diesem Thema. Aus Sicht der SPD-Fraktion hätte diese Angelegenheit schon eher in Gang kommen müssen. Weiter führt er aus, dass es an den in Emden gewachsenen Strukturen Veränderungen geben würde, habe man bereits vor vier Jahren nicht beeinflussen können. Mittlerweile habe sich auch wieder erheblicher Veränderungsbedarf ergeben, da sich gezeigt habe, dass das seinerzeitige Ziel – die Stärkung der Hauptschule – nicht eingetreten sei. Nun stehe man erneut vor diesem Problem und sei gezwungen, Veränderungen auf den Weg zu bringen.

Nach Ansicht seiner Fraktion sollten nunmehr die Eltern völlig unbefangen über die Schulform der IGS entscheiden können. Er wolle nicht die zahllosen Gründe hier diskutieren, warum man sich dafür entscheiden könne. In der heutigen Schulentwicklung sollte dieses Angebot den Eltern als Wahlmöglichkeit gegeben werden, die diese Entscheidung frei und unbefangen treffen sollten. Jedoch sei es aus seiner Sicht nicht erforderlich, die Standortentscheidung zu treffen. Die auf dem letzten SPD-Parteitag beschlossene Linie sei eine zentrale Lage. Doch müssten nicht alle Probleme gelöst werden, bevor eine Entscheidung gefallen sei. Auch sei der Zeit-

Niederschrift Nr. 10 über die Sitzung des Schulausschusses

raum, in dem diese Probleme gelöst werden müssten, durchaus nicht so klein, dass heute eine Entscheidung fallen müsste, da die IGS ja ohnehin erst in etwa zwei Jahren ab der 5. Klasse aufbaue. Wenn nunmehr diese Standortdebatte losgetreten werde, würde die freie Entscheidung der Eltern durch den Widerstand an den anderen Schulstandorten beeinflusst werden. Seine Fraktion wolle zunächst den Fragebogen und die Informationen intensiv prüfen.

Frau Brandt bedankt sich bei der Verwaltung für die Ausarbeitung. Ihrer Meinung nach gäbe es noch viele andere Möglichkeiten. Zwar würde sie eine Gesamtschule in Emden befürworten, könne Herrn Bornemann jedoch nicht zustimmen, dass es nicht wichtig sei, vorher den Standort zu bestimmen.

Herr Brinkmann entgegnet, so einfach, wie sich Herr Bornemann das vorstelle, könnte das Problem leider nicht gelöst werden. Es dauere maximal fünf Jahre, bis eine fünfzügige IGS aufgebaut sei. Dann habe man eine große Anzahl von Schülerinnen und Schülern, die irgendwo untergebracht werden müssten. Auch müssten bei der Elternbefragung die Richtlinien genannt werden, ansonsten sei diese nicht für die Landesschulbehörde akzeptabel und müsste ein zweites Mal wiederholt werden.

Herr Ammersken ist der Ansicht, wenn man eine Elterninformation wahrhaftig und fair durchführen wolle, dann müsse die Standortfrage vorher geklärt sein. Alles andere schaffe Begehrlichkeiten, die der Rat vielleicht gar nicht erfüllen könne.

Herr Mecklenburg betont, seine Fraktion wünsche eine Befragung, die nicht alle sich daraus ergebenden Konsequenzen schon vorher klären würde, weil dieses unredlich sei. Die hier gezeigten Modelle mit den vielen Pfeilen und die noch weiteren Möglichkeiten würden die Menschen in der Stadt nur verwirren. Er sei der festen Überzeugung, dass nur diejenigen, die keine IGS in Emden möchten, jetzt die Standortfrage diskutieren wollen. Er schlage vor, den Eltern nur die Frage zu stellen, ob sie ihr Kind an einer IGS an einem zentralen innenstadtnahen Standort anmelden würden. Danach könnten die Eltern frei und unverbindlich wählen. Auch würde er im Fragebogen die Frage der IGS an die erste Stelle stellen und dann erst die nachfolgenden Fragen.

Bezüglich der Informationsveranstaltungen schlägt Herr Mecklenburg vor, auch noch eine fünfte im innenstadtnahen Bereich durchzuführen. Seiner Ansicht sei es überflüssig, die Befragung bei den Eltern der 4. Klassen durchzuführen, da für diese Kinder die Möglichkeit gar nicht gegeben sei, wenn eine mögliche IGS erst nach den Sommerferien 2010 beginne.

Abschließend stellt Herr Mecklenburg fest, dass im Elternfragebogen der letzte Absatz hinsichtlich der Aufhebung einer bisherigen Schule bei einer evtl. Einrichtung einer IGS überflüssig sei. Dieser Hinweis gehöre in der Elterninformation.

Herr Bongartz bedankt sich im Namen der CDU-Fraktion bei der Verwaltung für das Aufzeigen der Möglichkeiten. Ihm seien bisher die Konsequenzen noch nicht bekannt gewesen. Auch sei er der Ansicht, dass eine Diskussion mit den Randgemeinden Hinte und Krummhörn zunächst noch stattfinden müsse, da diese auch zum Schulaufsichtsbezirk gehören würden. Obwohl eine große Dringlichkeit nun nicht mehr bestehe, sollte das Thema zügig abgearbeitet werden.

Herr Bongartz bemerkt, er sei verwundert über die Formulierung von Herrn Mecklenburg, der es als unredlich ansah, den Eltern die Konsequenzen aufzuzeigen. Seiner Ansicht nach sei man dazu jedoch verpflichtet. Wenn die Eltern befragt würden, dann müsse man ihnen auch sagen, wo sich die IGS befinden werde.

Niederschrift Nr. 10 über die Sitzung des Schulausschusses

Auch müsse vorab mit dem Land geklärt werden, ob es zulässig sei, wenn eine Schule aus dem Förderprogramm betroffen sei. Es müsse auf jeden Fall vermieden werden, dass die Stadt Emden in eine Rückzahlungspflicht der Mittel gerät.

Abschließend betont Herr Bongartz noch einmal, wenn die Eltern befragt würden, dann müsse auch gesagt werden, wo die Beschulung stattfinden werde. Und wenn es eine Mehrheit für eine solche IGS geben würde, dann werde sich die CDU-Fraktion dem auch nicht verweigern. Allen müsse jedoch klar sein, dass es aufgrund der finanziellen Mittel der Stadt Emden eine Hürde geben könnte, so wie es auch im Jahre 1992 bereits geschehen sei.

Frau Brayer führt aus, wie bereits den Ausführungen des Elternvertreters aus Hinte zu nehmen gewesen sei, planen die Gemeinden Hinte und Krummhörn eine IGS an mehreren Standorten. Sie sei jedoch der Meinung, dass eine IGS an mehreren Standorten nicht dem pädagogischen Konzept entsprechen würde. Dennoch sollte man sich darüber im Klaren sein, dass man sich im Wettbewerb mit diesen Kommunen befinde. Ihrer Ansicht nach sollte evtl. eine Kooperation angestrebt werden. Außerdem müsse man sich über die Brisanz und Aktualität dieses Themas bewusst sein und dieses Gremium als Chance begreifen, um das weitere Vorgehen über die parteipolitischen Barrieren hinaus zu besprechen.

Weiter bemerkt Frau Brayer, sie begrüße es, dass zunächst im ersten Schritt die Eltern befragt würden. Doch müsse darüber hinaus müssten alle Beteiligten an einen Tisch geholt werden, um mögliche Konzepte zu diskutieren.

Herr Götze erklärt, auch er begrüße eine IGS. Nach den Planungen der Verwaltung würden die Kinder lediglich auf die Schulen verteilt werden, damit die Schulen voll seien. Das Ziel sollte jedoch sein, dass möglichst jeder Schüler einen Abschluss erreiche, um damit die Chance auf einen vernünftigen Ausbildungsplatz zu bekommen. Seiner Meinung nach sei die IGS eine Alternative für viele Kinder und man sollte alles daran setzen, dass diese Schule auch in Emden eingerichtet werde.

Herr Sprengelmeyer führt aus, die Verwaltung habe in ihrer Vorstellung zur Elterninformation und -befragung auch ein Datum genannt, wonach die Information in der zweiten Novemberhälfte und die entsprechende Befragung dann im Dezember durchgeführt werden solle, sodass im Januar die Ergebnisse vorliegen würden. Dieses sei notwendig, um die Diskussion ein Stück gehaltvoller zu machen. Der Fragebogen werde ordnungsgemäß mit der Landesschulbehörde abgestimmt und die Frage des Standortes soweit offengelassen, wie es mit der Landesschulbehörde zu vereinbaren sei.

Weiter erklärt Herr Sprengelmeyer, die Standortdebatte sei mit aufgenommen worden, da aus den politischen Reihen die Anregung gekommen sei, auch einen gymnasialen Standort in Betracht zu ziehen. Aus diesem Grunde seien die möglichen Standorte in ihrer Auswirkung hier dargestellt worden.

Hinsichtlich der von Herrn Mecklenburg angesprochenen Altersgruppe bemerkt Herr Sprengelmeyer, um eine breite Elterninformation und -befragung herbeiführen zu können, sollten sowohl die Grundschüler als auch die älteren Jahrgänge in den Kindertagesstätten abgefragt werden. Da der Förderverein ebenfalls Elterinformationen durchführe, seien seines Erachtens die vier geplanten Informationsveranstaltungen ausreichend.

Herr Bornemann stellt heraus, seine Fraktion habe sich ausdrücklich für die Ausführungen bedankt. Aber letztendlich müsse der Rat die Entscheidungen treffen. Daher sei die SPD-Fraktion der Meinung, dass der Elternwille hier entscheiden solle. Er selber sei weit davon entfernt, das ganze Thema ideologisch zu betrachten. Seine Fraktion wolle nur, dass die Eltern unbelastet von diesen Problemen nach den Bildungschancen ihrer Kinder entscheiden können.

Niederschrift Nr. 10 über die Sitzung des Schulausschusses

Er gibt zu Bedenken, dass diese Probleme bis zur Elternbefragung im Kleinsten nicht gelöst seien. Daher könnte die Standortfrage nicht Inhalt der Elternbefragung sein.

Auch **Herr Renken** hält es für falsch, die Standortfrage in den Mittelpunkt der Diskussion zu rücken. Trotzdem habe sie eine wesentliche und wichtige Bedeutung und es müsse letztlich eine Entscheidung getroffen werden. In der ganzen Diskussion werde jedoch vergessen, worum es eigentlich gehe, nämlich um ein attraktives innovatives Schülerangebot. Es sei doch allgemein bekannt, dass der Wunsch nach Errichtung von Gesamtschulen aus der Bevölkerung selbst komme. Aus diesem Grunde müsse man den Mut haben, zukunftsgerechte Entscheidungen zu treffen und Standortentscheidungen auch durchzuziehen.

Weiter führt Herr Renken aus, er halte es ebenfalls für wichtig, mit den Gemeinden Hinte und Krummhörn Gespräche zu führen auch mit dem Ziel, möglicherweise eine Gesamtbefragung durchzuführen. Hinsichtlich der Informationsveranstaltung fragt er an, welchen Inhalt diese Veranstaltungen hätten.

Herr Mecklenburg stellt fest, die Standortfrage sei nicht von der Politik, sondern von der Verwaltung in die Diskussion eingebracht worden. Er finde es nicht redlich, diese ganzen Probleme in den Zusammenhang der Elternbefragung hineinzubringen. Er finde es sehr wohl redlich, dass sich die Verwaltung darüber Gedanken mache. Dennoch sei eine IGS eine große Chance für die Stadt Emden und für deren Kinder. Er könne nicht verstehen, warum nicht zunächst die Eltern befragt würden, ob sie eine IGS an einem zentralen Standort wünschen. Er könne nicht nachvollziehen, warum man alle Leute verunsichern wolle, wenn hinterher gar nichts unternommen werden müsse. Dieses diene doch nur dazu, die ganze Diskussion zu belasten und möglicherweise zu einem Ergebnis zu kommen, was vielleicht nicht gewollt sei.

Herr Lorenz bemerkt, eine IGS müsse zunächst von den Lehrerinnen und Lehrern aufgebaut werden. Bei all diesen Überlegungen, die von der Verwaltung getroffen würden, müsse bedacht werden, dass ein Kollegium, welches sich erst zusammenfinden müsse, einen schlechten Start an unterschiedlichen Schulstandorten habe.

Herr Brinkmann findet vor allem die Aussage bezüglich des Mutes ganz spannend. Es seien schon viele Beschlüsse in diesem Rat gefasst worden und immer nur einer habe den Mut haben müssen, vor die Presse zu treten und sich mit Leserbriefen beschallen zu lassen. Fast alle anderen hätten sich zurückgezogen. Und zum anderen hätten die Beschlüsse des Parteitages für ihn hier keine Bedeutung.

Er macht weiter deutlich, die Verwaltung werde in dieser Diskussion nicht der Prügelnabe der Fraktion werden. Auf die Bemerkung von Herrn Götze betont Herr Brinkmann, es müsse ihm hier nicht gesagt werden, was es bedeute, 50 Kinder mitzunehmen, ansonsten hätte er die Diskussion in der Cirkensaschule mit dem dortigen Schulleiter überhaupt nicht angefangen und hätte den Rat nicht um Mittel gebeten, um dort etwas installieren zu können. Es sei auch seine feste Überzeugung, dass eine IGS dabei wäre, wenn man heute eine neue Schullandschaft aufbauen müsste. Aber es werde keine neue Schullandschaft gebaut, sondern es müsse mit den bestehenden Schulen eine Lösung gefunden werden unter Berücksichtigung der finanziellen Mittel.

Bezüglich der Anregungen, auch die Gemeinden Hinte und Krummhörn zu berücksichtigen, erklärt Herr Brinkmann, beide Gemeinde wüssten, dass sie jederzeit zu ihm kommen könnten, um ein Gespräch zu führen.

Abschließend stellt Herr Brinkmann fest, die Verwaltung habe dem Rat heute die Grundlagen auf den Tisch gelegt. Sie seien in der einen oder anderen Form veränderbar. Doch wenn man nicht gleich die Standortfrage bei der Elternbefragung mit einbeziehen werde, müsse eine er-

Niederschrift Nr. 10 über die Sitzung des Schulausschusses

neute Befragung gemacht werden und dadurch würde Zeit verloren gehen. Daher schlage er eine Befragung in Abstimmung mit der Landesschulbehörde vor.

Herr Buß erklärt, es sei Aufgabe der Verwaltung, den Rat darauf hinzuweisen, dass seitens der Landesschulbehörde darauf gedrungen werde, einen Standort zumindest anzusprechen, da abhängig von der Formulierung auch das Ergebnis ausfallen werde.

Bezüglich der Frage von Herrn Renken nach dem Inhalt der Informationsveranstaltung antwortet Herr Buß, hier gehe es nicht darum, irgendwelche Zahlen vorzustellen. Es sei vorgesehen, inhaltlich zu diskutieren und mit anerkannten Fachleuten aus dem Bereich der IGS eine Präsentation durchzuführen.

Auf die Frage von Herrn Bongartz hinsichtlich der evtl. Rückzahlung der Fördermittel erklärt Herr Buß, es gäbe keine grundsätzliche Zusagen, dass diese weiterhin Bestand hätten. Die Stadt Emden müsste aber – gesetzt den Fall, es werde eine geförderte Schule umgewandelt – einen ganz konkreten Antrag stellen, der auch entsprechend begründet werden müsse. Weiter müsse sichergestellt werden, dass die Schülerkreise, die zum Zeitpunkt des Antrages dort beschult worden seien, auch weiterhin beschult würden. Das könne auch grundsätzlich unter dem Dach einer IGS sein.

Herr Bongartz stellt fest, Herr Mecklenburg bringe bezüglich der Standortfrage richtig Fanatismus ein, um die Sache durchzuziehen und die Standortentscheidung davon abzukoppeln. Seiner Ansicht nach stelle sich langsam heraus, dass über alle Fraktionen hinaus Einigkeit darüber bestehe, letztendlich eine IGS einzuführen. Man sollte gemeinsam diese Einigkeit durchziehen und auch die Belange aller dabei berücksichtigen. Seine Fraktion erachte es als zweckmäßig, den Eltern zu sagen, wo die Beschulung stattfinde. Auch gegenüber den Lehrern und Schülern, die davon betroffen seien, sei das ehrlich. Die Verwaltung habe hervorragend vorgearbeitet und aufgrund dieser Basis lasse sich eine Entscheidung fallen.

Herr Mecklenburg stellt heraus, die Position der SPD-Fraktion sei anders und das habe auch nichts mit Fanatismus zu tun. Er finde diese Wortwahl nicht besonders passend und weise ebenso zurück, dass hier irgendwelche ideologischen Geschichten eine Rolle spielen. Seine über 30jährige Berufserfahrung im Schuldienst mache ihn zu einem Befürworter von integrierten Schulsystemen, aber keineswegs zu einem Ideologen. Weiter betont er, seine Fraktion wolle auch nicht die Verwaltung als Prügelknaben sehen. Er habe in der letzten Schulausschusssitzung deutliche Worte gesagt. Aber nur aus dem Grunde, damit die gestellten Anträge bearbeitet würden.

Hinsichtlich der Standortfrage reiche es seiner Meinung völlig aus, wenn man sagen würde, die IGS solle an einem zentralen d. h. innenstadtnahen Standort eingerichtet werden. So habe es Herr Buß auch gerade gesagt. Eine Diskussion über den Standort beeinflusse die Eltern, die sich frei entscheiden sollen, ob sie das dreigliedrige Schulsystem oder eine IGS in einer zentralen innenstadtnahen Lage wollen.

Herr Koziolk erklärt, auch seine Fraktion sei für eine IGS. Allerdings sehe er die Problematik in der Landesvorgabe der Fünfügigkeit einer IGS in Emden. Zur Elternbefragung führt er aus, für ihn sei es nicht das Problem, zunächst ein Vorabvotum zu erhalten.

Frau E. Meyer bedankt sich die Wortmeldungen.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

Niederschrift Nr. 10 über die Sitzung des Schulausschusses

ANTRÄGE VON FRAKTIONEN UND GRUPPEN

TOP 6 Schülerbeförderung zu den Gymnasien
-Antrag der FDP-Fraktion vom 25.08.2008-
-Antrag der FDP-Fraktion vom 27.08.2008-
Vorlage: 15/0853

Herr Bolinius erklärt, wie bereits von Frau Roth soeben vorgetragen, würde es Probleme in der Schülerbeförderung zu beiden Emdener Gymnasien geben. Er habe auch Herrn van Grieken von der Firma Reiter diesbezüglich angesprochen. Doch dieser fühle sich nicht zuständig und hätte an die Stadtwerke verwiesen.

Da seiner Meinung nach heute hier keine Lösung dieses Problems gefunden werden könne, schlage er ein gemeinsames Gespräch mit den Eltern, dem Fachdienst Schule und Sport sowie der Firma Reiter vor.

Herr Buß ist ebenfalls der Ansicht, dass man heute zu keiner Lösung kommen werde. Probleme in der Schülerbeförderung seien nicht neu und es gäbe immer wieder Einzelfälle. Die Verwaltung sei in Zusammenarbeit mit der Firma Reiter und dem Stadtverkehr bemüht, diese Probleme abzustellen. Dennoch gäbe es auch Grenzen. Es sei unmöglich, jeden Schüler mit dem Bus zu jeder Zeit von der Schule abzuholen.

Zu dem in dem Antrag angesprochenen Punkt bezüglich Wybelsum führt Herr Buß aus, dort habe man insbesondere Schwierigkeiten nach der 7. Stunde. Dieses betreffe lediglich eine recht geringe Zahl von Schülern. Auch dort würden Gespräche geführt werden, ob evtl. ein umlaufender Bus eingesetzt werden könne. Im Nachmittagsbereich seien die Schüler ausschließlich auf den öffentlichen Personennahverkehr angewiesen. Auch würden ständig Gespräche geführt zwischen dem Verkehrsträger und der Stadt Emden. In regelmäßigen Abständen würden die Schulen hinsichtlich irgendwelcher Anregungen und Wünsche angeschrieben. Darauf hin sei lediglich der Wunsch seitens des JAG geäußert worden, in dem Bereich Wybelsum tätig zu werden.

Weiter erklärt Herr Buß, zu dem in dem Antrag vom 25.08.08 angesprochene Vorfall müsse eingeräumt werden, dass dort ein Fehler passiert sei, der ihm leid täte. Jedoch seien grundsätzliche Probleme mit der Schülerbeförderung zum GaT bisher weder der Verwaltung noch im Stadtverkehr bzw. der Firma Reiter bekannt. Es habe keine Kritik und Änderungswünsche seitens der Schule und der Eltern gegeben, sodass es bisher keinen Anlass gegeben habe, hier tätig zu werden.

Abschließend stellt Herr Buß fest, nunmehr werde die Verwaltung Gespräche führen, um die Situation im Rahmen der ihr zustehenden Möglichkeiten zu verbessern. Jedoch dürfe nicht vergessen werden, dass sie im Rahmen der sparsamen Bewirtschaftung der Haushaltsmittel daran gehalten sei, die Schülerbeförderung so wirtschaftlich wie möglich durchzuführen.

Auf die Anregung von **Frau Brandt**, Busse anderweitig einzusetzen, entgegnet **Herr Buß**, der öffentliche Nahverkehr werde durch die Schülerbeförderung zu starken Teilen finanziert. Auch müsse Rücksicht auf die Taktzeiten und die Bedienung der einzelnen Linien genommen werden, sodass es nicht möglich sei, beliebig irgendwelche Busse zu verschieben.

Herr Bornemann bemerkt, die Schülerbeförderung sei wirklich kein Thema, welches man kontrovers diskutieren müsse, da alle einer Meinung seien. Seiner Ansicht sei es der richtige Weg, Gespräche zu führen und so die Probleme zu lösen. Er bittet darum, anschließend im Schulausschuss wieder darüber zu berichten.

Niederschrift Nr. 10 über die Sitzung des Schulausschusses

Herr Renken erinnert daran, bei der Planung des Busbahnhofs sei auch sehr viel Wert darauf gelegt worden, dass die Busse erst dann am Busbahnhof abfahren sollten, wenn alle vorherigen Busse da seien. Von daher sei er sehr darüber verwundert, dass ein solches Vorgehen in der Schülerbeförderung offenbar nicht eingehalten werde.

Weiter sei auch er der Ansicht, dass es am Sinnvollsten sei, zunächst mit allen Beteiligten zu klären, wo die Probleme liegen würden.

Auch **Herr Bolinius** kann sich dem nur anschließen. Er würde empfehlen, unter der Leitung von Herrn Buß zusammen mit den Stadtwerken und der Firma Reiter sowie mit den beiden Gymnasien Gespräche zu führen, bei denen auch die Eltern mit eingebunden seien.

Frau E. Meyer fasst zusammen, es finde demnächst eine intensive Diskussion über dieses Thema statt, bei dem man sich bemühe, gemeinsam eine für alle zufriedenstellende Lösung zu finden. Anschließend werde die Verwaltung wieder im Ausschuss berichten.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

TOP 7 Mündliche Mitteilungen des Oberbürgermeisters

1. Wertgutscheine für Lernmittel

Herr Buß erklärt, in der letzten Sitzung des Schulausschusses sei über das Thema Wertgutscheine für Lernmittel diskutiert worden. Für heute habe er zugesagt, den aktuellen Stand zu nennen. Die Zahl der Anträge habe sich bisher nicht weiter verändert, sodass von den 1.200 Anträgen bisher 750 Anträge mit knapp 37.000 € abgerechnet seien. In der nächsten Sitzung werde er erneut berichten.

2. Schulinspektion

Herr Buß teilt mit, die Schulinspektion werde in der Zeit vom 05. bis 07.11.2008 die Barenburg-Schule inspizieren.

TOP 8 Anfragen

Herr Mecklenburg bittet darum, die heute vorgestellte PowerPoint-Präsentation möglichst umgehend den Fraktionen zur Verfügung zu stellen, damit weiter beraten werden könne.

Herr Buß sagt eine Erledigung zu.

Die Vorsitzende schließt die Sitzung.